

„Jeder von uns ist verantwortlich
für alles von allen“

Fjodor Dostojewski

Wie kommt der Hunger in die Welt?

Im Welternährungsbericht der UNO für das Jahr 2010 wird festgestellt, dass die Landwirtschaft heute problemlos 12 Milliarden Menschen, also das Doppelte der Erdbevölkerung, ernähren könnte. Tatsächlich aber verhungert alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren. „Ein Kind, das am Hunger stirbt, wird ermordet!“* Für diese Morde sind Regierungen und Politiker in den reichen Industrieländern verantwortlich – wegen unterlassener Hilfeleistung!

Die deutsche Entwicklungshilfe wird sogar gekürzt! Die Bundesregierung verabschiedet sich von ihrem bisherigen Versprechen, die Vorgabe der Vereinten Nationen zu erfüllen. Danach sollen 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts eines reichen Landes in die Entwicklungszusammenarbeit fließen. In Deutschland sind es derzeit nur rund 0,35 Prozent. Und der Anteil des Etats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit am gesamten Bundeshaushalt sinkt in der Planung bis 2015 von 2,1 auf 1,9 Prozent. Das bedeutet, die Entwicklungshilfe ist vom Rotstift überproportional betroffen.

In Somalia, Kenia und Äthiopien sind mehr als 15 Millionen Menschen vom Hunger bedroht. In Somalia sind bereits Zehntausende an den Folgen des Hungers gestorben. Die Situation ist das Resultat von 20 Jahren Bürgerkrieg, verbunden mit einer schweren Dürre. Die Auswirkungen früherer Trockenperioden und die weltweit steigenden Lebensmittel- und Ölpreise haben die Krise weiter verschärft.

Profite haben Vorrang

Die Industriestaaten haben in 2010 die Agrarprodukte ihrer Bauern mit insgesamt 349 Milliarden Dollar Produktions- und Exportsubventionen unterstützt. Die Folge: Auf jedem afrikanischen Markt kann man heute Früchte, Gemüse und Geflügel aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Spanien und Portugal kaufen für etwa die Hälfte des Preises, den die lokalen Produkte kosten. Afrikanische Bauern haben nicht die geringste Chance, mit den importierten Preisen zu konkurrieren.

„Die Scheinheiligkeit der Europäischen Union in Brüssel ist beispielsweise ungeheuerlich! Einerseits verursachen sie den Hunger durch das Agrardumping, und andererseits haben sie die Frontex-Organisation, eine halb geheime Militärorganisation, aufgebaut, um den Hungerflüchtlingen an der Südgrenze Europas die Einreise zu verweigern. Auf den Kanarischen Inseln sind im vergangenen Jahr 32.000 Hungerflüchtlinge von den spanischen Behörden registriert worden. Etwa ein zusätzliches Drittel ist im Meer ertrunken.

Die zehn transkontinentalen Privatgesellschaften, die den Weltagrarmarkt beherrschen, kontrollieren nicht nur die Preisbildung, sondern auch die Produktion, die die Silo-Lagerung des Getreides, Transportketten, Verarbeitung und Ladenketten umfasst. Gemäß den Regeln des so genannten freien Marktes ist diese kartellartige Kontrolle legal. Zugleich sind die Staaten gegenüber diesen Konzernen machtlos.

Die Spekulanten an den Nahrungsmittelbörsen treiben die Preise hoch! Sie machen Riesenprofite auf Reis, Mais und Getreide, die zusammen mehr als siebenzig Prozent aller in einem Jahr konsumierten Nahrungsmittel ausmachen. Die Preise für Grundnahrungsmittel sind explodiert! Entsprechend dem Index der Weltbank sind seit 2008 die Preise für Mais um 73 Prozent gestiegen, für Getreide um 110 Prozent und für Reis um 64 Prozent. Die Spekulanten rechnen mit einem jährlichen Reingewinn von 30 bis 35 Prozent!.*

** Jean Ziegler in einem Interview der Zeitschrift Publik-Forum, Heft 11. Er war UNO-Sonderberichterstatler für das Recht auf Nahrung. Heute ist der 76jährige Soziologe Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrats. Er schrieb mehrere sehr lesenswerte Bücher: „Wie kommt der Hunger in die Welt“; „Die Barbaren kommen – Kapitalismus und organisiertes Verbrechen“; „Das Imperium der Schande – Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung“.*

Profite in Armutsregionen

Mit einer breiten Debatte um sein neues "entwicklungspolitisches Konzept" intensiviert der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dirk Niebel (FDP), die Einbindung privater Unternehmen in die Netzwerke der so genannten Entwicklungspolitik. Das neue Konzept, das der Minister Anfang August der Öffentlichkeit vorgestellt hat, beinhaltet Niebels Forderung, die Entwicklungshilfe künftig erheblich enger mit der Wirtschaft zu koordinieren. Dazu hat Niebels Ministerium schon zuvor ein ausführliches "Eckpunkte-Papier" erstellt. Darin enthalten sind Vorgaben, wie die Berliner Entwicklungspolitik zukünftig zugunsten expandierender deutscher Firmen zu gestalten sei. Die aktuelle Debatte um das "entwicklungspolitische Konzept" soll Kreise, die nach wie vor unternehmenskritisch eingestellt sind, einbeziehen und damit Widerstände gegen Niebels Politik aushebeln. Zu den ökonomischen Zielen des Entwicklungsministeriums gehören die gewinnbringende Erschließung von Armutsmärkten sowie ein direkter Zugriff auf die Rohstoffe vor allem afrikanischer Länder. Niebel zufolge lässt sich der Ertrag der so genannten Entwicklungshilfe für deutsche Firmen präzise in Euro beziffern.

Mehr unter: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58121>